

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion  
und Verwaltung:  
**Brag II.,**  
Dobruška nám. 32.  
1. 8793,  
6797.

Telegramm-Adresse:  
**Sozialdemokrat, Prag II.,**  
Dobruška nám. 32.  
Poštůdámě 37544.

Inserate werden auf Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zen-**Organ der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei**  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post

monatlich .. Kc 18.—  
vierteljährlich .. 48.—  
halbjährlich .. 96.—  
ganzjährig .. 192.—

Rückstellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einsendung der  
Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 1. März 1923.

Nr. 49.

## Das „verbesserte“ Schutz- gesetz.

Das Produkt, gleichermaßen aus Angst und parteipolitischen Bedürfnissen der Koalitionsparteien zusammengebracht, so sich Gesetz zum Schutze der Republik benamset, liegt nun auch in der vom verfassungsmäßigen Ausschusse des Abgeordnetenhauses vorgenommenen Durcharbeitung vor. Die Frucht dieser Durcharbeitung des Gesetzes ist der Beweis dafür — wenn es eines solchen noch bedurfte — daß es richtig war, als die Oppositionsparteien sich entschlossen, jede Mitarbeit an dem reaktionären Nachwerk abzulehnen.

Die Vorlage, wie sie gestern der Ausschuss dem Abgeordnetenhause unterbreitet hat, unterzeichnet sich fast in nichts von dem ursprünglichen Entwurf. Der Ausschuss hat sich zwei Wochen lang mit dem Entwurf beschäftigt, aber jene, die etwa gehofft hatten, es würden dort doch Vernunft und Einsicht die Oberhand behalten und das Gesetz würde wenigstens in seinen ärgsten Härten, Grausamkeiten und Auswüchsen reformiert werden, sehen sich bitter enttäuscht. Zu jenen, welche die naive Hoffnung genährt hatten, die Koalitionsparteien würden doch noch „mit sich reden lassen“, haben wir nicht gehört. Wir waren uns vielmehr von allem Anfang an bewußt, daß das Gesetz für die Regierungsparteien ein Mittel der Mandatsicherung und der Befestigung ihrer Herrschaft sein soll und daß sie daher nicht daran denken, an dem Wesen und der Tendenz des Entwurfes etwas zu ändern. Dieser Auffassung unserer Partei haben sich denn auch die anderen oppositionellen Parteien angeschlossen, mußten es tun, wollten sie nicht ihrer Kenntnis der „Mentalität“ der Koalitionsparteien zum Hohn zuwiderhandeln. Nur ein einziges Blatt hat sich gefunden, das anderer Meinung sein will und das besorgt die Frage stellt: „War es klug?“ Das Blatt, das auch sonst das politische Gras wachsen hört, ist — wer denn sonst? — das „Montagsblatt“ der „Bohemia“. Es meint, es wäre „vielleicht nicht besser gewesen“, die Opposition hätte „noch die Spezialdebatte abgewartet“, ehe sie dem Verfassungsausschusse bei den Beratungen des Gesetzes zum Schutze der Republik den Rücken lehrt. Hören wir seine Argumente: „Denn die deutschen Abgeordneten diesem gefährlichen Gesetz nur einen jeiner giftigsten Zähne ausgebrochen hätten, wäre es schon ein Gewinn gewesen.“ Zumindestens hätten die Abänderungsanträge der Opposition dem deutschen und tschechischen Volke „die Augen darüber geöffnet, was für ein gefährliches Schwert die Mehrheit zu Schuppen der jeweiligen Minderheit befestigt.“ Das tschechodemokratische Blatt wiegt sich also in dem Wahne, daß es „vielleicht“ gelungen wäre, einen oder mehrere der „giftigsten Zähne“ dem Gesetze auszubrechen. Daraus spricht eine Weltfremdheit, die bei einem politischen Blatte, das sich überdies annimmt, anderen gute Lehren zu geben, schon nicht mehr als erlaubt bezehnet werden kann. Es nenne doch aus der politischen Geschichte der Tschechoslowakei nur ein einziges Gesetz, bei dem es durch die parlamentarischen Bemühungen der Opposition möglich gewesen wäre, auch nur einen einzigen der „ärgsten Giftzähne“ auszubrechen. Und an solchen „Giftzähnen“ hat es die Gesetzesfabrikation der tschechischen Koalition wahrlich nicht fehlen lassen! Die Bemühungen der Oppositionsparteien, sachlich mitzuarbeiten und an den unterschiedlichen Regierungsentwürfen ungerade Härten abzuschießen, haben stets noch das gleiche Ergebnis gehabt: die brutale Niedertrampelpung aller Abänderungsanträge der Opposition durch die Mehrheitsparteien. Wenn die Abstimmungsmaschine derart in einer bis zur Sinnlosigkeit und für den Inhalt der Gesetze schädlichen Art brutal gehandhabt wurde, auch wenn es sich um Gesetze von weit untergeordneter Bedeutung handelte, wie hätte man erwarten sollen, daß die Koalition beim Schutzgesetz anders verfahren werde, in dem sie für Gegenwart und Zukunft den Rettungs-

## Für den Schutz der Arbeitslosen.

Eine Konferenz beim Fürsorgeamt.

Am 28. Februar fand unter dem Vorsitz des Ministers für soziale Fürsorge Habrmann eine Aussprache zwischen Delegierten der Klubs der deutschen und tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, sowie der drei Gewerkschaftszentralen und Vertretern des Finanz- und Fürsorgeamtes statt. Vom Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten nahmen an der Aussprache die Genossen Cermak, Palme, Roscher und Schuster teil. Für die tschechischen Organisationen waren erschienen die Ag. Zubodba, Veranet und Belschek.

Den Gegenstand der Beratung bildeten eine Reihe von unseren Genossen vorgebrachten Beschwerden aus dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge. Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung von sechs auf neun, beziehungsweise zwölf Monate bisher nur in einem sehr geringen Umfang durchgeführt wurde und die meisten der eingebrachten Ansuchen bisher unerledigt blieben, trotzdem bei wiederholten Beschwerden von Arbeitslosendeputierten der Minister für soziale Fürsorge eine rasche Erledigung zusicherte. Ebenso wurde bemängelt, daß in vielen Bezirken die Unterstützung ohne jede gesetzliche Begründung herabgemindert worden sind. Des Weiteren wurde gegen die geplante Einschränkung der Unterstützung für Kurzarbeiter energisch Einspruch erhoben, da eine solche Maßnahme für viele Zehntausende eine Katastrophe bedeuten würde. Schließlich jener Unterstützung, die im Refundierungswege an die Unternehmer rückzuführen sind, muß rechtzeitig dafür Vorsorge getroffen werden, daß die verlagweise ausgezahlten Beträge rascher zurückerstattet werden und daß eine schnellere Erledigung der Refundierungsansuchen eine dringliche Notwendigkeit ist. Die Delegierten betonten weiters, daß die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung für die Bauarbeiter dringend erforderlich wäre, da diese Arbeitergruppe in den deutschen Gebieten seit dem Jahre 1922 durchschnittlich kaum 20 Arbeitswochen erreichte und nur für sechs Wochen eine noch zum Teile gefürzte Arbeitslosenunterstützung zuerkannt erhielt. Außerdem wurde noch eine große Anzahl von Bauarbeitern aus der Unterstützungaktion überhaupt ausgeschlossen. Ferner wurde darauf verwiesen, daß die Verordnung vom 17. Jänner 1923 betreffend die Unterstützung der in kleinen gewerblichen Betrieben Beschäftigten im Falle der Arbeitslosigkeit von den meisten politischen Bezirksverwaltungen entweder völlig unbeachtet bleibt oder mißverstanden wird. Neue Verfügung des Ministeriums, die die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung in besonderen Einzelfällen von der Zustimmung der politischen Landesverwaltung abhängig macht, müßte wieder aufgehoben werden, denn durch diese Maßnahme sind die Arbeitslosen gezwungen, wo-

chenlang auf die Erledigung ihrer Unterstützungsansuchen zu warten. Die außerordentlich starke Gruppe der laud- und forstwirtschaftlichen Arbeiter blieb bisher von der Arbeitslosenunterstützung völlig ausgeschlossen, trotzdem auch hier Tausende arbeitslos sind. Die Gewährung des Staatsbeitrages im Sinne des Paragraph 15 des Gesetzes läßt oft monatelang auf sich warten und es wäre eine raschere Erledigung dieser Ansuchen ebenfalls dringend geboten. — Einen besonderen Teil der Ausführungen der Genossen bildeten die Beschwerden gegen eine Reihe von politischen Bezirksverwaltungen über die Handhabung des Gesetzes und vor allem die Art des Verkehrs mit den Arbeitslosen.

Der Minister für soziale Fürsorge Habrmann erklärte in seiner Antwort, daß er nicht in der Lage ist, alle vorgebrachten Wünsche und Beschwerden sofort eingehend zu beantworten, insbesondere sofern in diese Fragen die Gesamtregierung oder andere Ministerien mitzuentschieden haben. Bezüglich des Wunsches der Unterstützungserlängerungen, beziehungsweise der Weitergewährung der vollen Unterstützung nehme er die Ausführungen zur Kenntnis und werde sich bemühen, den vorgetragenen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Wegen der Refundierungsaktion werde er sich bemühen, dahin zu wirken, daß an den gegenwärtigen Verhältnissen nichts geändert wird. Daß die Land- und Forstarbeiter bisher keine Unterstützung erhalten, ist auf die Bestimmungen des Gesetzes zurückzuführen und es müßte erst für die Unterstützung dieser Arbeitergruppe eine gesetzliche Basis geschaffen werden. Wenn Land- und Forstarbeiter nicht mit Saisonarbeit arbeiten, sondern dauernd in Beschäftigung waren, können sie die Unterstützung erhalten. Nach der Meinung des Fürsorgeamtes sei auch die Bauarbeiter sehr liberal behandelt worden. Die Unterstützungsbeträge für Bauarbeiter kann man in besonders dringenden Fällen auf 12 Wochen verlängert werden. Was die vorgebrachten Beschwerden über das Verhalten einzelner politischer Bezirksverwaltungen anbelangt, sei er bemüht, stets genaueste Untersuchungen zu führen und für Abhilfe zu sorgen. Ein großer Teil der Beschwerden wegen der langwierigen Erledigungen sei auch darauf zurückzuführen, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit so gewaltig wurde, daß mit dem vorhandenen administrativen Apparat die rasche Abwicklung der Geschäfte schwer möglich sei. Das Ministerium ist bemüht, auch auf diesem Gebiete verbessernd zu wirken.

Schließlich erklärte die Vertretung des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, daß der Klub alle vorgetragenen Wünsche und Beschwerden auch in der Form eines schriftlichen Memorandum an den Ministerien übermitteln werde, worauf die Beratungen ihre Fortsetzung finden werden.

## Memel und Wilna.

An der polnisch-litauischen Grenze, in dem bisher neutralen Streifen im Osten des Wilnagesbietes an der Dina, der nunmehr zwischen Polen und Litauen geteilt werden soll, stehen polnische und litauische Truppen einander feindlich gegenüber. Auf beiden Seiten ist bereits die Artillerie in Tätigkeit getreten, und beide Parteien reden sich darauf aus, daß die andere die Feindseligkeiten beginnen habe. In Paris beschuldigte die litauische Gefandtschaft die Polen, in litauisches Gebiet eingedrungen zu sein; polnische Darstellungen nach waren es aber die Litauer, die das Vordringen begonnen haben. Ein Großmaßstabkrieg, der aber die Eignung hat, zu einem europäischen Aufruhr ausarten zu können, handelt es sich nämlich zurzeit nur um den polnisch-litauischen Streit um das Wilnagesbiet und das Memelland, so können in diesem Konflikt auch die vorderhand unterdrückten Interessen Rußlands in Anschlag kommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Litauen sich auf Vereinbarungen mit Rußland verläßt oder zumindest auf die Hoffnung, des russischen Zanges teilhaftig zu werden. Seine Haltung Polen gegenüber schon seit dem polnischen Handstreich gegen Wilna im Oktober 1920, sein Vordringen ins Memelgebiet, seine Zurückhaltung in der Frage eines politischen Vertrages der Randstaaten läßt darauf schließen, daß es sich für seine energielose Haltung einen Rückhalt gesichert hat. Erst im August des Vorjahres hatte es seine de jure-Anerkennung von der Bolschewikerkonferenz zu erlangen vermocht, und zwar unter Bedingungen, die es nachher nicht einhielt, zum Teil sogar verleugnete. Denn auch dieser Reschluß experimentiert mit der Politik der vollen zogenen Tsachen.

Der Handstreich Litauens gegen das Memelland war schon ein erfolgloses Experiment mit der Methode der vollkommenen Tsachen, sein Eindringen in das sogenannte Wilnagesbiet, das jetzt den kriegerischen Streit zwischen Polen und Litauen entfacht hat, dürfte oder nicht so leichtem Wege zum Erfolg führen wie das Memellandentzug. Im Oktober 1920 hatte sich bekanntlich der polnische General Żeligowski der litauischen Stadt Wilna bemächtigt. Es waren nur unverantwortliche Elemente, meuternde Soldaten, die damals den Handstreich ausführten. Die polnische Regierung lehnte jede Verantwortlichkeit von sich ab, erklärte aber, nichts gegen das Zeitgenössische Unternehmen tun zu können. Und auch der Völkerbund und die Bolschewikerkonferenz waren dem Handstreich gegenüber ohnmächtig. Ein Teil in Wilna beschloß abhand die Einverleibung der Stadt in Polen, während der polnische Zeim in Warschau sich für die Errichtung eines litauischen Sonderstaates innerhalb Polens entschied. Das Ende vom Lied war, daß Wilna nun dem polnischen Staat angehört, und diese Lösung auch vom Völkerbund und den Alliierten anerkannt ist. Nun hat eine Teilung des neutralen Wilnagesbietes vorgenommen zu werden. Die litauischen Behörden, die auch die Zuteilung Wilnas nicht anerkennen wollen, sollen, polnischen Rechnungen nach, ihre eigenen unverantwortlichen Elemente, die nur das Rezept des polnischen Żeligowski

anker für ihre politische Existenz erblickt! Daß die Koalitionsparteien sich dieses alle freihetlichen und oppositionellen Regungen drohende Gesetz schaffen, das hat seine Ursache doch nicht allein in einer verdorbenen Lust zur politischen Reaktion, sondern entspringt dem realen Bedürfnisse, das eigene Leben durch Auslieferung der nicht in der Regierung vertretenen Parteien an die Willkür der Polizei und Staatsanwälte zu retten. Da mußte es von vornherein als ausgeschlossen gelten, daß die Versuche, die „Giftzähne“ des Gesetzes auszubrechen, Erfolg haben können, denn eben diese „Giftzähne“ sind es, auf welche die unter dem Banner der Reaktion vereinigten Regierungsparteien ihre stärksten Hoffnungen setzen.

Aber wenn es, was nicht zu glauben ist, gelungen wäre, die eine oder die andere Bestimmung zu „mildern“, wäre damit nicht das Geringste bewirkt worden, denn der Entwurf ist ein solcher Rattenkönig von Gehässigkeit, Bössartigkeit und Niedertrachtigkeit, daß an ihm nichts „verbessert“ werden kann und es nur eine Parole ihm gegenüber geben kann: Kampf gegen das Schenial überhaupt! Und dieser Kampf wird, wenn auch seine Geburt im Parlament nicht verhindert werden kann, geführt werden! Das Monstrum des Ge-

setzes kann nur durch sich selbst ad absurdum geführt werden! Je widersinniger es ist, je schwerer es zur Anwendung gelangen sollte, desto eher wird sich seine Undurchführbarkeit zeigen, desto jäh und leidenschaftlicher wird auch der aus dem Abscheu vor dieser reaktionären Mißgeburt hervorgehende Widerstand der Bevölkerung gegen seine Anwendung und die Bemühungen auf seine Vereitigung werden. Daß der Bevölkerung durch die im Ausschusse eingebrachten Abänderungsanträge der oppositionellen Parteien die „Augen geöffnet“ worden wären, ist eine Vorstellung, welche übersteigt, daß die Öffnung der Augen der Bevölkerung auch schon durch die wochenlange Stellungnahme der Presse gegen das Gesetz, durch die parlamentarischen Reden der oppositionellen Abgeordneten und durch die hunderte von Protestveranstaltungen, die im ganzen Staate abgehalten werden, ausreichend besorgt wurde. Nebenbei bemerkt, scheint das tschechodemokratische Organ noch nicht darüber nachgedacht zu haben, wie denn solche „Abänderungsanträge“ zu den Bestimmungen eines solchen Ausnahmefalles, wenn sie vor den Augen der Regierungsparteien Gnade finden sollen, ausschauen sollen? Es wäre wahrhaftig selbst im glänzendsten Falle Tschararbeit und nutzlose Sympthysarbeit gewesen, hätte die Opposition es

unternommen, an dem Ungeheim dieses Entwurfes etwas „verbessern“ zu wollen.

Hätte die Koalition den Willen gehabt, die Giftigkeit des Gesetzes zu beseitigen, und auf die Wünsche der anderen Parteien irgendwie Rücksicht zu nehmen, so hätte sie dies bei der Beratung im Verfassungsausschusse reichlich tun können, denn es fehlt ihr jeder Vorwand zur Ausrede, daß sie von dem, was die Opposition an dem Entwurf verurteiltenswert findet, keine Kenntnis hatte. In zahllosen Irrsitten und in den Reden der oppositionellen Abgeordneten im Ausschusse wurde an dem Gesetz Kritik geübt, und die Wichtigkeit seiner Bestimmungen aufgezeigt. Aber weder auf diese Kritik haben die Regierungsparteien die geringste Rücksicht genommen, noch auf die Einwände sehr namhafter Rechtsgelehrter, ja, nicht einmal das vom Obersten Gerichtshof eingeholt Rechtsgutachten wurde von ihnen in nennenswerten Maße beachtet. Die Parole gilt: die Wunden des Staates und die Schäden der Koalition sollen durch Verschärfung der Unterdrückungsmittel der Behörden geheilt werden. Gegenüber diesem Wahnsinn ohne Methode ist die Anrufung der Massen unzureichend. Auch zu dieser Sache wird ein Ziel gefunden werden. Und auch die Bäume der Reaktion werden nicht in den Himmel wachsen!

ins Litauische übersehen, nicht nur ermutigen, sondern geradewegs unterstützen. Auch der Erfolg des Memellandunternehmens, die Erfahrung auf dem Gebiete der Experimentalpolitik der vollzogenen Letzt-Tatsachen, dürfte den Litauern Mut zu ihrem gegenwärtigen Unternehmen eingeschlagen haben. Bei ja dem aber Vorkaufsterrit die Oberherrschaft über das Memelland bereits endgültig Litauen zugesprochen. Das Memelland ist eigentlich deutsches Land, demgegenüber dem Willen seiner Bevölkerung ist es in dem Versailles Friedensverträge vorerst zugunsten der Danubier und assoziierten Mächte von Deutschland abgetrennt worden. Die Mächte wählten nämlich die damals noch nicht, wie sie über die Zugehörigkeit dieses von Deutschland losgelassenen Gebietes verfügen sollten. Sie beschlossen daher die Ausarbeitung eines politischem Statuts für das Memelgebiet und gaben der Bevölkerung die Aufgabe, sie feinerhinaus über das Schicksal des Landes zu befragen, einestuch im Memelland fand jedoch das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Sprache. Auf Wunsch Litauens machten alsbald Litauen und Polen Anträge. Litauen selbst war aber damals noch ein unbestimmter Begriff, es hatte keine festgesetzten Grenzen, war noch nicht anerkannt. Bis zur endgültigen Regelung der litauischen Frage sollte durch eine Erklärung der Alliierten gemäß. „Memelland sein Gebiet von den Alliierten und den Vereinigten Staaten in Uebertreten werden“. Als sich dann Litauen im August des vorigen Jahres vor dem Entente de jure anerkannt wurde, verlangten die Litauer die Uebertragung dieser Obliegenheit auf ihren Staat.

In Memel selbst, das eine französische Besatzung hatte, kam eine „Arbeitsgemeinschaft für Memel“ zustande. Die Memelländer vertriehen sich nämlich auf die Aufgabe der Alliierten, sie bezüglich des Schicksals ihres Landes anzufragen. Sie wollten von einer Angliederung an Polen oder Litauen nichts wissen und entschieden sich, da von einer Rückkehr zu Deutschland keine Rede sein konnte, für die Errichtung eines Frei-

staates. Da jedoch die Volksabstimmung, trotz des Versprechens, das man ihnen gegeben hätte, unterbunden, bedienten sie sich der Form einer Namenssammlung, um ihren Wunsch kundzugeben. Jeder Wahlberechtigte, der gegen eine Angliederung an einen der Oststaaten und für die Errichtung eines Freistaates Stellung nahm, hatte sich in eine Liste einzutragen. Fast die ganze stimmfähige Bevölkerung erklärte sich auf diese Weise für den Freistaat. In der zweiten Sänersitzung dieses Jahres machten aber die Litauer mit der Memelangelegenheit kurzen Prozeß. Freischärfer drangen in das Memelgebiet ein, besetzten die Grenzorte, nachher auch die Stadt Memel, erzwangen eine Regierung und erklärten das Memelland als litauisches Gebiet. Alle möglichen zuständigen, kompetenten Kreise erhoben Proteste gegen diese Eigenmächtigkeit, konnten jedoch nichts anderes erreichen, als daß die Litauer eine von einer Sonderkommission der Vorkaufsterrit konferenzen eingesetzte provisorische Regierung anerkennen mußten, was sie um so leichter tun konnten, als ja diese Regierung unter der Führung des früheren litauischen Gesandten in Berlin, Galius, zu stande kam, der die Vorbereitung der endgültigen Anerkennung der „vollzogenen Tatsachen“ durchzuführen versprach. Die Anerkennung saumte auch nicht lange, der Vorkaufsterrit sprach Memel endgültig Litauen zu, die vollzogene Tatsache siegte über Vereinbarung und Verträge.

Der litauische Sieg in der Memelfrage trug ebenfalls dazu bei, die Stimmung der Polen Litauen gegenüber noch mehr zu verschärfen. Zwischen polnisch-litauischen Gegenseiten bedeutet der Konflikt wegen des Bialynogebietes und der polnische Kräfte über die Lösung der Memelfrage zurzeit bloß eine Teilerpössion, die vorläufig nicht zur Katastrophe führen dürfte; die eigentliche Explosion ist erst dann zu erwarten, wenn einmal die Beschützer der beiden Staaten in den Kampf miteinbezogen werden.

Der Reichsausschuß fordert alle Kreis- und Bezirksorganisationen auf, in der allerersten Zeit in intensiver Weise eine Werksaktion zugunsten des Zentralorgans einzuleiten. Der Parteivorstand hat in kürzester Frist entsprechende Vorschläge bezüglich der Durchführung an die Kreis- und Bezirksorganisationen gelangen zu lassen.

Unter Punkt fünf „Allgemeine andere Angelegenheiten“ berichtete Gen. Kremer über die Frage der Hilfeleistung der Gemeinden für die Arbeitslosen. Gemeinden und Bezirke, die fast ausnahmslos unter elenden finanziellen Verhältnissen ihr Dasein fristen und schwer verschuldet sind, haben leider keine Möglichkeit andauernd und ausreichend den Arbeitslosen zu helfen. Die Unterstützung der Arbeitslosen ist eine Aufgabe, die vor allem:

durch den Staat erfüllt werden muß. Der Vorkaufsterrit entschieft den Vertrauensmännern in den einzelnen Orten die Auspeisungs- und Bekleidungsaktion, die die Landeskommissionen für Kinder- und Jugendfürsorge zu Gunsten der Kinder Arbeitsloser durchführt, durch tatkräftigste Mitarbeit zu fördern. Sofern in einzelnen Gemeinden private Sammlungen für die Arbeitslosen organisiert werden, sollen unsere Vertrauensmänner auch bei diesen Aktionen mitwirkend sein.

Gen. Dr. Stern-Teplitz berichtete über die Vorarbeiten zur Raiffeiter und brachte eine Reihe von Vorschlägen der Zentralstelle für das Bildungswesen zur besseren Ausgestaltung der diesjährigen Raiffeiter zur Kenntnis. Ueber Anregung der Lokalorganisation Kleinaugezd (Bezirk Teplitz) beschloß der Reichsausschuß einstimmig, an alle Genossen und Genossinnen, die den 1. Mai bezahlt erhalten, die Aufforderung zu richten, den Lohn für diesen Tag an den Kampffond unserer Partei abzuliefern. Ferner wurde beschlossen, die Abgeordneten aufzufordern, für ein Verbot des Alkoholausschankes am 1. Mai zu wirken.

Gen. Böhl-Äußig besprach die notwendigen Vorarbeiten für die im Herbst stattfindenden Gemeindevahlen.

Nachdem noch über eine Reihe wichtiger interner Parteianglegenheiten beschlossen wurde, fanden die zweitägigen Verhandlungen des Reichsausschusses, die dem erfreulichen Wiedererstarken unserer Partei und der Vereinfachung der vielfältigen Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung mit frischem Mut zu erfüllen, Ausdruck gaben, ihren Abschluß.

## Wichtige Parteiberatungen und Beschlüsse.

Am Montag und Dienstag tagte in Prag der Reichsausschuß unserer Partei unter dem Vorsitz des Genossen Abg. Cermak. Zum ersten Male wurde die Tagesordnung „Die wirtschaftliche und politische Situation“ erörtert. Genosse Dr. Czech ein interessantes Referat, an das sich eine lebhaft debattierte, in der die Genossen Dr. Straubner, Brog, Pelina-Auffia, De Witte-Karlssbad, Abgeordneter Hillebrand-Karlssbad, Senator Dr. Heller-Teplitz, Abg. Dirich-Teplitz, Abg. Kasch-Komotau, Senator Polach-Brünn, Abg. Boh-Turn, Kuylen-Krumman, Wella-Brünn, Daxer-Przibura, Abg. Skanzner-Auffia, und Krejci-Trautenau teilnahmen. Die dabei diesem Punkt der Tagesordnung beschlossene Tagesordnung seien das Schlußwort über die Wirtschaftssituation der überaus interessanten politischen Debatte folgte das Schlusswort des Referenten, Gen. Dr. Czech. Ferner wurde über den Antrag des Genossen Krejci-Trautenau eine Resolution über die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit einstimmig angenommen, in der es unter anderem nach der Darstellung der Ursachen der Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakischen Republik heißt: „Die tschechoslowakische Regierung hat in der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vollständig versagt. Die Unterstützung der Arbeitslosen entspricht weder nach ihrer Höhe noch nach ihrer Dauer den primitivsten Anforderungen, welche die ohne ihr Verschulden in Not und Elend geratenen Arbeiter an den Staat zu stellen berechtigt sind. Gar nichts Gedenken ist zum mindesten in den deutschen Gebieten in der Richtung der produktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wobei vor allem die Gemeinden in die Lage versetzt werden müßten, durch Wohnungsbauten und Errichtung von Wohnhäusern die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und zugleich der Wohnungsnot, dieser kulturwichtigen der kapitalistischen Staaten, abzuhelfen.“

Der Reichsausschuß billigt die Tatkraft des Parteivorstandes und der Akts der deutschen Sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren in der Frage der Arbeitslosigkeit vollständig und fordert beide Körperinstanzen auf, gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Organisationen, sowie in der bisherigen Weise auch in Zukunft mit allen zweckdienlichen Mitteln für die Bänderung der Arbeitslosigkeit und der durch sie hervorgerufenen Not zu wirken.“

Ueber den Stand unserer Parteiorganisationen referierte Genosse Kremer-Teplitz, der eingehend das Stärkerhältnis der Organisationen schilderte und über alle wichtigsten Arbeiten der Partei in der letzten Zeit einen eingehenden Bericht erstattete. Er verwies darauf, daß es trotz der schweren Wirtschaftskrise und der Organisation in den meisten Gebieten unverändert aufrecht zu erhalten und daß es die Pflicht aller Vertrauensmänner, aller in der Partei tätigen Genossen und Genossinnen, ist, unter den derzeitigen schwierigen Verhältnissen mit Ausdauer und die so überaus notwendige organisatorische Mitarbeit unermüdet zu leisten.

Genosse Dr. Heller gab ein Bild über die finanziellen Verhältnisse der zentralen Parteifinanzien.

Namens der Parteikontrolle berichtete Abg. Genosse Hadenberg, daß die Kontrolle aufgrund ihrer eifrigen Tatkraft mit Verfolgung den Antrag stellen kann, dem Kassier die Entlastung zu erteilen.

An der Debatte über den Punkt „Unsere Organisation“ beteiligten sich die Genossen Gehard-Trautenau, Abg. Joll-Troppan, Abg. Schäfer-Reichenberg, Wandrat-Karlssbad, Abg. Hillebrand-Karlssbad, Adrazil-Brünn, Schlohnici-Sternberg, Senator Löw-Karlssbad und Gähr-Grulich. Sodann wurde der Antrag des Genossen Hadenberg einstimmig angenommen.

Am zweiten Verhandlungstag referierte Genosse Cermak über den Wiederaufbau der Internationale. Er besprach die Tätigkeiten der internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien im abgelaufenen Jahre, den Versuch, auf der Berliner Konferenz eine Einigung aller drei bestehenden internationalen Gruppen herbeizuführen und die Veranlassung, die über die Einladung des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den beiden sozialistischen Gruppen stattgefunden haben. Nach Darstellung jener wirtschaftlichen und politischen Momente, die mit Notwendigkeit zur Wiedervereinigung des sozialistischen Proletariats drängen, verwies er auf die Vorarbeiten zum internationalen sozialistischen Kongress in Hamburg. Sodann besprach der Redner die voraussetzlichen innerpolitischen Auswirkungen, die die Zusammenfassung unserer Partei mit der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in einer internationalen Organisation bringen kann und beantragte im Namen des Vorkaufsterrit Ausschusses die Delegation der Partei zum Hamburger Sozialistenkongress und die Verteilung der uns zukommenden 21 Mandate.

An dieses Referat schloß sich ebenfalls eine sehr lebhaft Debatte, in der vornehmlich die Frage der Wirksamkeit der Internationale gegen den Krieg und während eines Krieges erörtert wurde. Es sprachen die Genossen Pelina-Auffia, Abg. Boh-Turn, Hofbauer-Teplitz, Senator Polach-Brünn, Abg. Hillebrand-Karlssbad, Krejci-Trautenau, worauf auch einem Schlusswort des Genossen Cermak die Teilnahme am Hamburger internationalen Sozialistenkongress einstimmig beschlossen wurde.

Ueber den Punkt „Unsere Parteipresse“ referierte Abgeordneter Gen. Hillebrand, der die Beschlüsse der Presskonferenz, die am 7 Juni v. J. stattfand, sprach. Von dem dort erlassenen Vorschlägen zur Zentralisation der Parteipresse sind bisher leider nur wenige durchgeführt worden. Es ist notwendig, daß weiter nach den Grundfragen, die diese Konferenz aufgestellt hat, gearbeitet wird. Insbesondere muß durch eine großzügige Werksarbeit für das Zentralorgan und durch ausreichende Zuwendungen an den Presstoff für die Erhaltung und den Ausbau des „Sozialdemokrat“ Vorforgel getroffen werden.

An der Debatte über diesen Gegenstand beteiligten si die Genossen Senator Dr. Heller-Teplitz, Abgeordneter Joll-Troppan, Böhl-Äußig, Abgeordneter Heeger-Jägerndorf, Friedmann-Prag, Abgeordneter Dirich-Teplitz, Kögler-Bodenbach, Wella-Brünn, Ullmann-Neudorf, Dr. Czech-Brünn, Senator Löw-Karlssbad, Adrazil-Teplitz, Ritschmann-Neuttschein, Adrazil-Brünn, Jollsch-Komotau. Sodann wurden nachfolgende Anträge einstimmig zu Beschlüssen erhoben:

Antrag Dr. Czech: Um die Existenz des Zentralorgans unserer Partei, des „Sozialdemokrat“ sicherzustellen, fordere der Reichsausschuß die Kreisorganisationen auf, dafür zu sorgen, daß die erforderlichen Abnehmer und die zur Erhaltung des Blattes notwendigen Mittel aufgebracht werden. Wegen Durchführung des Beschlusses sind ungefümt zwischen Parteivorstand und Kreisorganisationen Verhandlungen zu pflegen.“

## Arbeits- und Wirtschaftsnot.

Zurücksetzung der Debatte im Abgeordnetenhaus.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über die wirtschaftlichen Dringlichkeitsinterpellationen fortgesetzt. Der Sprecher unserer Partei, Abgeordneter Genosse Schäfer, wies auf die dringendste Aufgabe der Regierung hin, nämlich sich damit zu beschäftigen, was aus der auf unserem Boden bestehenden Industrie werden soll; er befaßte sich sodann insbesondere mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung. Hier brachte er die brennendsten Beschwerden der Arbeiterchaft vor. Die Antworten der Minister auf unsere Dringlichkeitsinterpellationen bezeichnete Redner als unbefriedigend.

„Könnte das Volk doch sehen, wie leer die Bänke sind! Und doch wird über die schwerste Krise gesprochen!“ So oder ähnlich rief in seiner Rede in der Mittwochssitzung des Abgeordnetenhauses, als die Debatte über die Wirtschaftskrise begann, der deutsche nationalsozialistische Abgeordnete Simm aus. Sehr richtig! Leider hat der Herr Abg. Simm aber zu sagen vergessen, welche Abgeordneten in geradezu konsequenter Weise den Sitzungssaal meiden. Zum Beispiel in der gestrigen Sitzung, um 5 Uhr achmittags, gähnten die Bänke der Nationalsozialisten und aller anderen Deutschbürgerlichen vor Leere. Nicht einer dieser Vertreter des deutschen Volkes fand es für nötig, als über die Not der Arbeiter, und speziell über das Elend der deutschen Arbeiter gesprochen wurde, im Hause anwesend zu sein. Nebenbei: Hat der Herr Abg. Simm auch schon vergessen, wer zum Beispiel durch Abwesenheit glänzte, als über das Deutscherbergeseh abgestimmt wurde?“

193. Sitzung. Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um zwei Uhr 25 Minuten.

Abg. Rosel (tsch. N.) erklärt, daß der Aufstieg der Krone und die Unbeständigkeit ihres Kurses, sowie die beträchtlichen Steuern und die ungenügenden technischen Einrichtungen unserer Industrie an der Industriefrise schuld sind.

Abg. Rajman (tsch. Gew.) weist darauf hin, daß unter der Arbeitslosigkeit auch die Gewerbetreibenden leiden. Er tritt für eine radikale Herabsetzung der Steuern ein.

Abg. Votruba (tsch. Nat. Dem.) sieht den Hauptgrund der Wirtschaftskrise in den den Staaten nach dem Kriege auferlegten Lasten und in der zerstörten Valua unserer Nachbarstaaten.

Abg. Zesla (Komm.) bezeichnet das Arbeitslosennununterstützungsgesetz als unbefriedigend und verlangt eine Revokation dieses Gesetzes in dem Sinne, daß die Paragraphe 9 und 18 beseitigt werden.

Abg. Zaherle (tsch. Soz. Dem.) hält der Regierung vor, daß sie das vereinbarte Programm nicht nach allen Richtungen hin durchgeführt hat. Man müsse aber anerkennen, daß die ungenügenden finanziellen Mittel sie daran hinderten. Redner wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Votruba, der die staatlichen Betriebe als passiv bezeichnete. In Böhmen sollen 14 Millionen Kronen aus Landesmitteln für Notstandsarbeiten verwendet werden, aber das Finanzministerium hat noch nicht die Bewilligung hierzu erteilt. Zur Erhöhung des

Standes der Arbeitslosen trage auch der Zugang aus dem Auslande bei.

### Die Ministererklärungen — unbefriedigend.

### Abgeordneter Genosse Schäfer

führt u. a. aus:

Die Ministerreden, die wir gestern zur Wirtschaftskrise gehört haben, lassen einen Teil der Fragen, die in den Interpellationen gestellt wurden, vollständig unbeantwortet. Es ist uns zwar sehr viel darüber mitgeteilt worden, was im Laufe der letzten Monate gegen die Auswirkungen und Folgen der Krise geschehen ist, aber

auf die Grundfrage, ob in Zukunft die Tschechoslowakei in ihrer ganzen Wirtschaftspolitik jene Wendung vornehmen wird, die unbedingt notwendig ist, sind die Minister nicht eingegangen.

Wir alle haben darauf gewartet, daß man auf diese Grundfrage unserer ganzen Wirtschaftspolitik eingehen würde. Dazu hätte natürlich gehört, daß auch der Handelsminister das Wort ergriffen hätte. Denn schließlich ist unsere Wirtschaftskrise, die wir durchmachen mußten und weiter durchmachen müssen, zum Teil auch ein Ergebnis der verfehlten Handelspolitik und es ist das Handelsministerium bis zu einem gewissen Grade mitverantwortlich für die Folgen und Auswirkungen dieser Krise. Aber der Handelsminister wird sich wohl darauf beschränken, gelegentlich wieder einmal in einer Versammlung von Industriellen oder vielleicht in einer Vollversammlung des jetzt geschaffenen Wirtschaftsausschusses über unsere wirtschaftliche Lage zu sprechen und wahrscheinlich auch dort wieder erklären, daß wir über die schwerste Zeit hinweg sind, daß die Krise am Ende ist und daß mit dem Aufschwung gerechnet werden könne. Der Gesetzbundungsprozeß mußte durchgemacht werden, so wird er sicherlich den Industriellen versichern und dieser Gesetzbundungsprozeß war unumkehrbar, er mußte sich in jenem Umfange und in jener Schärfe in der Tschechoslowakei auswirken, wie das eben geschehen ist.

Und doch wäre es das allerdringlichste und sollte es die größte Sorge der tschechoslowakischen Regierung, der verantwortlichen Politiker in diesem Staate und auch der Mehrheitsparteien sein, sich einmal damit zu beschäftigen,

### Was aus der Industrie werden soll, die auf unserem Boden besteht.

Wir sind heute schon im Klaren darüber und es gibt in dieser Sache keine Meinungsverschiedenheiten, daß, wenn wir auch in den nächsten Monaten zu einer Bänderung der Krise gelangen sollten aller Voraussicht nach jene Hunderttausende von Arbeitern, die heute beschäftigungslos sind, nur zu einem Teile wieder in die Betriebe zurückgebracht werden können. Was wird bei einer solchen Erscheinung die tschechoslowakische Regierung, die tschechoslowakische Staatsverwaltung, tun? Da wird es nicht genügen, nur etwa die Folgen einer solchen Tatsache zu mildern, sondern man wird wohl dann tiefer auf die volkswirtschaftlichen Fragen dieses Staates eingehen müssen.

Run haben wir gestern sehr viel darüber gehört, was die Regierung in den letzten Monaten tat. Der Minister für soziale Fürsorge hat vor allem erklärt, daß in der Handhabung des Arbeitslosen-Unterstützungsgesetzes die größte Liberalität walte. Er hat darauf hinge-

wiesen, daß es nur mehr einzelne wenige Bezirke gäbe, in denen die staatliche Arbeitslosen-Unterstützung noch nicht gewährt werde.

Der Minister für soziale Fürsorge hat in seinen Darlegungen bestätigt, was wir immer wieder in den letzten Wochen behauptet haben, daß von einem Zurückgehen der Krise im vorigen Jahre im November und Dezember überhaupt noch nicht gesprochen werden konnte.

Es gibt große Industriegebiete, wo von einem Ausleben der Wirtschaft nichts zu hören ist.

Redner befaßt sich sodann mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung u. bespricht sich über das Vorgehen der Behörden gegenüber jenen, die eine solche Unterstützung beanspruchen, sowie über die Ausdehnung einzelner Bezirke von der Arbeitslosenunterstützung.

Der Lohnabbau ist in der Annahme vorzunehmen worden, daß ein Preisabbau eintreten wird.

Aber dieser Preisabbau ist sehr bald zum Stoden gekommen. Ganz besonders zu leiden hat die Industrie unter dem unachener hohen Frachtsätzen der Tschechoslowakei.

Diesen Gedanken sind die Herren Minister in ihren Reden ausgesprochen, da sie in ihren Ausführungen nur im Einzelnen aufgezeigt haben, was durch gewisse Maßnahmen gegen die Folgen der Krise geschehen ist.

Sind wir uns dessen sicher, die Wirtschaftskrise wird sich in den nächsten Monaten gewiß mildern. Wir sind nicht blind gegen die Tatsache, daß sie und da wieder Betriebe in Tätigkeit treten.

Wir besorgen insbesondere, daß die wirtschaftliche Krise u. die Ursachen von einem so engherzigen Gesichtspunkte aus, wie es bisher immer geschehen ist, betrachtet wird.

Nachdem noch einige tschechische Redner gesprochen hatten, wurden die Ministerklärungen von der Koalition zur Kenntnis genommen und die Sitzung um 8 Uhr abends geschlossen.

Das Schutge'ek — Dienstag im Penum.

Der Verfassungsrechtliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses hielt gestern vormittags unter Vorsitz des Abg. Dr. Drubau und in Anwesenheit des Justizministers Dr. Dolanský eine Sitzung ab.

Einzelnen Paragraphen eingegangen und das Gesetz in der Fassung des Regierungsauftrages angenommen. Als Referent für das Plenum wurde Abg. Dr. Matoušek bestellt.

Sowohl das Schutge'ek, als auch das Gesetz über den Staatsgerichtshof wurde in ihrer Definition in den Fassung gestern im Abgeordnetenhause verteidigt.

Aus der Bescheinigung, mit welcher der Bericht des Ausschusses über das Schutge'ek fertiggestellt und dem Hause vorgelesen wurde, müßte man schließen, daß die Republik sich tatsächlich in einer ungewöhnlichen Gefahr befindet.

Es wurde mehrfach das Vernein vertrieben, daß die Regierungsvorlage im Ausschusse eine wesentliche Verbesserung erfahren habe. Es muß nun vor allem festgestellt werden, daß der Geist der Reaktion, der die Regierungsvorlage beherrschte, nicht im mindesten zurückgedrängt wurde.

Im Zeichen des Terrors.

Der Brager politische Theaterauschub weicht vor der Kabaandrohung zurück.

Der journalistische Revolverkrieg der „Behemia“ hat genügt, damit sich alle deutsch-böhmischen Parteien, die besitzenden Mäler der Kultur und der geistigen Freiheit, ins Manufesto vertrieben.

Auf Betreiben unserer Parteimitglieder im deutschen politischen Theaterauschub trat dieser Montag abends zusammen und die vertretenen Parteien, das heißt, alle außer der deutschnationalen, einigten sich auf einen Protest, der in folgenden Sätzen gipfelte: „Der deutsche Theaterauschub verurteilt auf das entschiedenste jeden Versuch, durch Gewalt oder Gewaltandrohung in unberechtigter Weise auf die Gestaltung des Spielplans des deutschen Theaters einzuwirken.“

In der Dienstagssitzung des Theaterausschusses, welche die Zustimmung der Deutschnationalen zu dem Proteste bringen sollte, sagte deren Vertreter Senator Professor Nagels und Schulinspektor Jülicher rundweg nein — und jeder Widerspruch einer vertretenen Partei genügt, um einen Beschluß unmöglich zu machen.

Nach der letzte Vorschlag unseres Genossen: „Der Theaterauschub wird der Direktion bei der Aufführung der „Letzten Nacht“ freie Hand lassen, wurde abgelehnt und nur mit der aller verwickeltesten, den Theaterauschub selbst bedenkenden Aenderung angenommen: „hat freie Hand gelassen.“

aber auch als strafbar erklärt, wer gegen den Staat „wegen seiner Entstehung aufreist“; diese mehr als eigentümliche Bestimmung kann nur darin verstanden werden, daß man die Friedensverträge in der Tschechoslowakischen Republik durch das Strafgesetz vor jeder Kritik schützen will.

Poincaré über Delcassé.

Paris, 28. Febr. (Havas.) Bei dem Begräbnis des gewesenen Ministers des Auswärtigen Delcassé, hielt Ministerpräsident Poincaré eine Rede, in welcher er der hervorragenden Verdienste des Verstorbenen auf dem Gebiete der auswärtigen gedachte.

Der Minister hob weiter hervor, daß Delcassé alle Mißverständnisse zwischen Frankreich und England vorausjah und deren Regelung empfahl. Poincaré schätzte weiter, wie Delcassé die englisch-russische Annäherung vorzuziehen und beizubehalten habe, daß der Verblichene sich nie mit dem Gedanken getragen habe, Deutschland einzufreien, sondern nur Wache stand, welche die Gefahr des serbischen Interventionismus bemerkte und es Frankreich ermöglichte, sich zu wehren.

Ueber 100.000 Arbeitslose in Wien!

Wien, 28. Febr. (Eigenbericht.) Der neueste Ausweis der industriellen Bezirkskommission gibt die Zahl der Arbeitslosen in Wien mit 160.177 an. Davon sind über 25.000 Metallarbeiter. Die Gesamtzahl ist somit neuerlich gestiegen.

Inland.

Das tschechische Antisemit. Die tschechoslowakische Republik fällt in ihrer Nummer vom 26. mittend über uns her, weil wir eine Schiedung der Französisierungsverträge im Schlußwesen des Saarlandes mit der Ueberschrift versehen: „Nach tschechoslowakischem Muster.“

Aus der nationaldemokratischen Häuslichkeit. Als Nachfolger des verstorbenen Dr. Masin ist der nächstfolgende auf der nationaldemokratischen Liste für Südböhmen, Kameloch, ins Abgeordnetenhaus eingetreten.

Die tschechischen Sozialdemokraten 1919 und 1923. Die wir den tschechischen Sozialdemokraten vortreiben, daß sie ihre eigene Vergangenheit verneinen, so glauben sie es nicht.

Der jetzige Unterrichtsminister Bedhync machte in derselben Sitzung den Zwischenruf: „Nach Masin sind uns nur falsche Stempel geblieben und das ist alles!“

Das gegen hat das „Pravo Lidu“ in seinem Leitartikel am 25. Febr., der berichtet ist: Die Wege der Finanzpolitik, folgendes gesagt: „Als die tschechoslowakischen sozialistischen Parteien noch dem Umsturz zum sogenannten Finanzplan Masins ihr Ja gesagt hatten, waren sie sich der Tragweite ihrer Entscheidung und ihrer Verantwortung, die sie übernehmen, bewußt.“

Als die tschechoslowakischen sozialistischen Parteien noch dem Umsturz zum sogenannten Finanzplan Masins ihr Ja gesagt hatten, waren sie sich der Tragweite ihrer Entscheidung und ihrer Verantwortung, die sie übernehmen, bewußt. Und sie sind entschlossen, diese Verantwortung auch weiter zu tragen, denn diese Finanzpolitik war nie, ist nie, wird nie und kann nie die Politik eines Einzelnen oder einer Finanzgruppe sein, es ist die Politik aller tschechoslowakischen Parteien, die auf dem Boden dieses Staates stehen.“

Nun mögen uns die Sozialdemokraten sagen, was richtig ist, das, was sie im Jahre 1919 oder 1923 gefagt haben, ob sie hinter der Finanzpolitik...

Die innerpolitischen Folgen der Ruhrbesetzung: Hochflut des Nationalismus.

Berlin, 28. Feber. (Eigenbericht.) Die nationalpolitischen Elemente, die ihre Pläne durch das entschiedene Auftreten der Sozialdemokratie...

Der Kampf gegen deutsche Polizisten.

Berlin, 28. Feber. (Wolff.) Auf ihrem Vormarsch gegen Limburg haben die Franzosen den Ort Kirberg südlich von Limburg besetzt...

Immer wieder Verhaftungen.

Berlin, 27. Feber. (Wolff.) Den Blättern zufolge wurden sechzig Schuttpolizeibeamte aus Hessen von den Franzosen verhaftet...

Deutschlands Reparationszahlungen an England.

London, 28. Feber. (Tsch. B.) Der Schatzkanzler stellte in einer schriftlichen Antwort im Unterhause über die von Deutschland an England geleisteten Reparationszahlungen mit: Bis zum 30. April 1922 habe England erhalten:...

Grey für die Anrufung des Völkerbundes.

London, 28. Feber. Der Führer der liberalen Opposition im Oberhause Lord Grey sagte in einer Rede in Bristol, er glaube, die Mehrheit des britischen Volkes sei der Ansicht, daß die Reparationsfrage durch den Völkerbund gelöst werden könne...

ist würdig ihrer Gesamtpolitik: Sie ist von absoluter Grundsatzlosigkeit oder vielmehr, es ist überhaupt keine Politik mehr, sondern Taktik, Anpassung an die jeweilige politische Lage.

Der amerikanische Senat für einen internationalen Gerichtshof.

Washington, 28. Feber. (Havas.) Die Außenkommission des Senates hat eine Entscheidung angenommen, in welcher Harding und Hughes aufgefordert werden, mitzuteilen, ob sie Anhänger eines Abkommens seien, welches sämtliche Signatarstaaten des Protokolls, durch welches der Internationale Gerichtshof errichtet wurde...

Keine Vermittlung, sondern Vorschläge Deutschlands.

Paris, 27. Feber. (Havas.) Der „Temps“ dementiert die von Berliner Blättern verbreiteten Meldungen, daß Amerika den Versuch unternehmen würde, zwischen Frankreich und Deutschland zu intervenieren. Die französische Regierung sei absolut entschlossen keine Vermittlung anzunehmen.

Deutschlands Kohlen- und Eisenversorgung.

Berlin, 28. Feber. Nach einer Meldung des Berliner Kohlenamtes wird der bei den Händlern lagernde und eingehende Rechenlofs, sofern er für den Hausbrand bestimmt ist, zugunsten der preussischen Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken beschlagnahmt werden.

Der Kampf der ungarischen Metallarbeiter.

Wien, 28. Feber. (Eigenbericht.) Die Absperrung der Metallarbeiter in Budapest nimmt immer größere Formen an. Hundert große Automobilfabriken haben heute ihre Arbeiter ausgesperrt.

Die Kosten des irischen Bürgerkrieges.

London, 28. Feber. Aus Dublin wird gemeldet: Im südirischen Parlamente teilte Cosgrave mit, daß bei sehr vorsichtiger Schätzung der Schäden, der Irland durch die Unruhen zugefügt wurde, 40 Millionen Pfund beträgt, davon in Dublin 4 Millionen Pfund.

Der polnisch-russische Gefangenenaustausch.

Warschau, 28. Feber. Dem Sejm wurde gestern ein Gesetzentwurf betreffend den Austausch von politischen Gefangenen zwischen Polen und Sowjetrußland vorgelegt.

Beratungen des Reichstanzlers mit den Parteien.

Berlin, 28. Feber. Der Reichstag wird am Freitag eine längere Pause in seinen Beratungen eintreten lassen und erst Donnerstag darauf zusammenzutreten. Mit Rücksicht auf diese Unterbrechung der parlamentarischen Tätigkeit wird der Reichstanzler die Parteiführer über den Stand der Dinge informieren.

Um den bayrischen „Staatspräsidenten“.

München, 28. Feber. (Tsch. B.) Bei Behandlung des Antrages der bayerischen Volkspartei auf Schaffung des Amtes eines bayrischen Staatspräsidenten kam es im bayrischen Landtage zu großen Lärmszenen. Der kommunistische Eisenberger bezeichnete diesen Antrag als Reichs- und Hochverrat.

Vor neuen Lohnkämpfen in Berlin.

Berlin, 28. Feber. (Eigenbericht.) Die Berliner Arbeiterschaft steht vor neuen Lohnkämpfen. Die Unternehmer verweigern Lohnserhöhungen, da der Dollarkurs nicht mehr steigt.

Österreichs Anleihen.

Wien, 28. Feber. Der Finanzminister Dr. Kienböck, welcher heute morgens nach Wien zurückgekehrt ist, sprach den Journalisten gegenüber seine Zufriedenheit mit dem Ergebnisse der Verhandlungen betreffend den Auslandskredit aus.

Sturmjungen im Budapestter Parlament.

Wien, 28. Feber (Eigenbericht.) In der ungarischen Nationalversammlung kam es heute zu stürmischen Szenen, als Abgeordneter Kupfert (lib.) die Regierung wegen eines Beschlusses Hochs in den Redaktionen der „Erwachenden Ungarn“ impetulierte.

Der Kampf des irischen Bürgerkrieges.

London, 28. Feber. Aus Dublin wird gemeldet: Im südirischen Parlamente teilte Cosgrave mit, daß bei sehr vorsichtiger Schätzung der Schäden, der Irland durch die Unruhen zugefügt wurde, 40 Millionen Pfund beträgt, davon in Dublin 4 Millionen Pfund.

Der polnisch-russische Gefangenenaustausch.

Warschau, 28. Feber. Dem Sejm wurde gestern ein Gesetzentwurf betreffend den Austausch von politischen Gefangenen zwischen Polen und Sowjetrußland vorgelegt.

Tages-Neuigkeiten.

Unser Kampf gegen das Schutzegeh.

Die Teplitzer „Freiheit“ veröffentlicht einen Aufruf an die Genossen und Genossinnen des Teplitzer Bezirkes, nach welchem dort alle Lokalorganisationen unverzüglich für die Zeit von 3. bis 5. März eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Das Schutzegeh — ein Anschlag auf die politische Freiheit“ vorzubereiten haben.

Wenn Raschin in der Zeit der Wirksamkeit des Schutzgesetzes noch gelebt hätte.

Wie das „Rube Bravo“ meldet, hat der Präsident der Republik bei den politischen Konferenzen anlässlich des Abganges der Beamtenregierung Czerny folgende Äußerung getan:

„An den Patriotismus der Nationaldemokraten glaube ich nicht. Als Raschin aufhörte, Finanzminister zu sein, hegte er gegen den Staat in In- und Ausland und solange in die ganze Welt hinaus, daß die Republik finanziell bankrott sei.“

„Da an der Wahrheit der Worte des Präsidenten nicht zu zweifeln ist, hätte sich Raschin nach Paragraph 15 des Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik der Verbreitung einer unwahren Nachricht schuldig gemacht.“

„Wenn jemand eine unwahre Nachricht verbreitet, die für wahr zu halten, er keine ausreichenden Gründe hat... obwohl er weiß, daß er dadurch die Sicherheit des Staates...“

„so wird er wegen Verbreitung mit Arrest von drei Tagen bis drei Monaten bestraft. Weich er jedoch, daß die Nachricht unwahr ist, so wird dieses als Vergehen mit strengem Arrest von acht Tagen bis zu sechs Monaten bestraft.“

„Nachdem Raschin Finanzminister gewesen ist und er daher wußte, daß die von ihm verbreitete Nachricht unwahr gewesen ist, wäre zweifellos das höchste Strafmaß verhängt worden und er wäre mit strengem Arrest von sechs Monaten bestraft worden.“

„Welches Beispiel wir nur anzuführen, um zu zeigen, zu welchen Konsequenzen man bei Anwendung des Schutzgesetzes gelangen kann.“

Eines Kaplans Mißgeschick beim Fensterln. Im Trichterhof bei Graz waren — so erzählt der „Arbeiterwille“ — mehrere Male Dühnerdiebstähle vorgekommen, weshalb man dort besonders wachsam wurde.

In der Nacht auf den vergangenen Donnerstag entstand im Geflügelhaus großer Lärm. Das ganze Haus geriet in Aufruhr und war der Meinung, daß wieder ein Dieb in den Geflügelhof eingedrungen ist.

Es wurde sofort um die Polizei telephoniert, und gemeinsam mit den Wachorganen begann nun beim Laternenschein eine gründliche Durchsuchung der ganzen Liegenschaft.

Endlich kam man auch zum Lusthäuschen und siehe da, dort hatte sich ein fremder Mann versteckt. Der Dühnerdieb wurde etwas unfsanft aus dem Lusthaus, das für ihn zum Dualhaus geworden war, herausgeschafft und die Hausleute liefen zusammen.

Unter ihnen befand sich auch der Proturist der Steiermärkischen Eskomptebank. Dieser Herr staunte aber nicht wenig, als er beim flackernden Laternenschein den ihm bekannten — Kaplan aus einer Umgebungsgemeinde oder Graz erblickte.

Der Herr hatte sein gewohntes Kleid mit einem gewöhnlichen Zivilanzug vertauscht gehabt. Was wollte der fromme Mann im Geflügelhof? Es ist ja bekannt, daß Pfaffen große Freunde von Bachhenderln sind, daß aber diese Lieblingspeise einen Gottgeweihten zum Einbrecher machen sollte, wollte man doch nicht so ohne weiteres glauben, und so wurde zum Verhör geschritten, und da gestand der Herr Kaplan, daß er das Dienstbüchchen des Proturisten der Eskomptebank besessen wollte; natürlich ganz in Ehren — um Mitternacht.

Der Gottesmann soll demnächst Harter werden und zur Uebernahme dieses Geschäftes ist eine tüchtige Hausfrau notwendig. Darum hat dieser Herr sein Auge auf die Magd geworfen, die im Trichterhof dient, und wollte sie in Anrechtgestalt besuchen, denn ein guter Hirt sucht das geringste seiner Schäflein sogar im Trichterhof.

Vielleicht auch wollte er seine Zukünftige auf ihr Vorratskabinet präsen, denn: Es prüfe, was sich ewig bindet, oder er wollte sich von der Nichtigkeit des 11. Perles vom 9. Kapitel des Korintherbriefes überzeugen: „So wir euch das Geistliche sies, ist's ein groß Ding; ob wir damit aber euer Leibliches ernten?“

In dieser Nacht konnte der Kaplan natürlich nichts mehr Leibliches ernten, sondern er mußte mit Schande und Spott seinen unsauberen Geist nach Hause schleifen und war ganz derbattert und benommen, ob seines Mißgeschickes bei diesem Fensterlgang. — Drei Tage war der Pfaff sehr krank, jetzt raucht er wieder, Gott sei Dank!

Das Ende einer „Christus“-Laufbahn. In Berlin ist dieser Tage Louis Häcker wegen einer Reihe von Betrügereien verhaftet worden. Louis Häcker ist Herausgeber einer Zeitung, die sich „Häcker“ nennt und ein neues Christentum...



**Gerichtssaal.**

**Minister a. D. Dr. Urbensky und seine Schwester.**

Prag, 28. Febr. Heute fand vor den Prager Geschworenen die Verhandlung über die Ehrenbeleidigungslage statt, die der ehemalige Minister Dr. Urbensky gegen den verantwortlichen Redakteur der Prager Zeitung „Nole“ namens Smueler, sowie gegen den Redakteur Swimberky, den Redakteur Zuber, den Grundbesitzer Johann Miller und gegen seine Schwester Anna Urbensky aus Sponeitz angehängt hatte. Dr. Urbensky hatte ursprünglich die Klage auch gegen den Abgeordneten Bergmann erhoben, doch vor Beginn des Prozesses noch zurückgezogen. In Beginn der gegen Smueler und gegen seine Anklage auch gegen den „Nole“-Redakteur Smueler wird, weil sie sich als unbegründet erwies. Der Sachverhalt der Ehrenbeleidigungslage ist folgender: In der Zeitung „Nole“ erschien am 11. Dezember ein Artikel, der mit „Der Weg auf den Kalvarienberg“ überschrieben war und in dem Minister Urbensky unehrenhafte und schandbare Handlungen vorgeworfen wurden. In dem Artikel hieß es, daß Urbensky seine Mutter und seine Schwester zu Tode küssen wollte, daß er die beiden in Not leben lasse, während er selbst Geld im Überflus habe, daß er den Staat betrogen, der im Abgeordnetenhaus als erster sein Kollisionsgesetz durch Schreyen zu verfrachten suchte und daß er sich während seiner Ministerzeit verschiedene Zusätze zum Gesetz gemacht habe, was nicht die Arbeit der Parlamentarier vertritt. Der Redakteur Swimberky brachte dann in der „Nole“ am 21. Dezember und am 10. Jänner einen gleichnamigen Artikel und schrieb dann noch am 14. Jänner „Zum Falle Anna Urbensky Tochter Dr. Urbensky“. Der Großgrundbesitzer Miller soll Anna Urbensky zum Schreiben des ersten am 11. Dezember veröffentlichten Artikels aufgefordert haben. Der Redakteur Zuber hat schließlich am 10. Jänner in der „Nole“ einen Artikel „Eine uneheliche Mitter des Ministers Urbensky“ und am 6. Jänner in „Globe Teufel“ Artikel in dem ähnlichen Artikel geschrieben, der sich mit den Anschuldigungen der Schwester Urbensky befaßt und ihre Glaubwürdigkeit verweigert.

Das Urteil wurde noch einer den ganzen Tag dauernden Verhandlung um 11 Uhr nachts gefällt. Anna Urbensky wurde zu acht Tagen Zwangsarbeit zu drei Monaten und Zuber zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Miller wurde freigesprochen.

**Sorthu-Justiz.**

Wien, 28. Febr. (Eigenbericht). Am 5. Dezember a. Z. erschien in der Vorpost der sozialdemokratischen „Kepzava“ ein Artikel „Sorthu'sche Kräfte der Gewalt und andere heisse Geschichten“, dessen Inhalt die Staatsmacht die Klage wegen des Verbrechens der Beleidigung des Staatsoberhauptes einbrachte. Der Deutschsozialist Volzmann, der sich als Verfasser des Artikels bekannte, wurde heute zu zweiinhalb Jahren Gefängnis und 25.000 Kronen Geldstrafe verurteilt.

**Die „Erwachenden Ungarn“ an der Arbeit.**

Wien, 28. Febr. (Eigenbericht). Die „Erwachenden Ungarn“ strengen nun auch gegen den Grafen Sedwony einen Konfiskationsprozeß an. Sedwony war Mitglied der Kommission, die unter Führung Kocor's nach Belgrad fuhr, um mit dem französischen Kommandanten zu verhandeln. Er ist bürgerlicher Politiker und hat sogar ein patriotisches Buch „Das verwundete Land“, geschrieben, das wegen seines irreführenden Geistes in der tschechoslowakischen Republik verboten wurde.

**Kleine Chronik.**

**Eine neue Friedensstiftung Carnegies.** Das New York wird gemeldet, daß Carnegie einen Fonds zur Gründung einer Institution in Europa gestiftet hat, welche an der Unterdrückung von Kriegsmächten durch friedliche Schlichtung internationaler Konflikte arbeiten würde.

**Tod eines Kindes durch Verbrühen.** In Steiermark bei Soos lag die Arbeiterin Jankovics, als sie zu die Arbeit ging, ihre beiden Kinder in der Löhnt ihres 23jährigen Vaters. Die Frau des Greises lag krank zu Bett. Am Nachmittag löschte der Greis Kaffee und der zwölfjährige Sohn der Jankovics, der sich beim Ofen zu schaffen machte, rief den einhändigen Vater sendenden Topf mit dem siedenden Kaffee um. Der Knabe erlitt entsetzliche Brandwunden, denen er nach 24 Stunden erlag.

**Verbreitet den „Sozialdemokrat.“**

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**

**Neuerliche Arbeiterentlassungen bei der Pustschieder Eisenbahn.** Die das Prager Tagblatt meldet, hat die Direktion der Pustschieder Eisenbahn auf Betreiben der Regierung neuerlich 100 deutsche Arbeiter bei der Pustschieder Fabrik in Komotau gefündigt. Dieselben werden am 12. März aus der Arbeit entlassen. In den früher bereits entlassenen 172 Arbeitern und den in Jankau entlassenen 70 Arbeitern tritt nun diese Zahl hinzu, so daß bisher 342 deutsche Arbeiter entlassen worden sind. Demgegenüber wurden in Pustschieda bloß 13 tschechische Arbeiter und in der Kralupy Werkstätte nicht ein einziger entlassen.

**Keine Aufenthaltsbewilligung für tschechoslowakische Vergelente im Ruhrgebiet.** L'Echo de Paris erzählt aus Düsseldorf: Die deutschen Behörden im Ruhrgebiet haben bekannt, daß sie keine Aufenthaltsbewilligungen für fremde Vergelente anstellen werden. Diese Vorkehrung soll hauptsächlich gegen die Vergelente aus der Tschechoslowakei gerichtet sein.

**Die Aufteilung der Schulden der tschech. Staatseisenbahngesellschaft.** Aus Paris den 27. Febr. wird amtlich gemeldet: Die Reparationskommission hat in Gemäßheit der Verträge von 21. Germain und Trajan die Aufteilung der auf dem Repe der Eisenbahngesellschaft (S. C. S.) lastenden Schulden vorgenommen. Als Regel für die Aufteilung wurde festgesetzt, daß jeder Nachfolger oder Zeitschnitt der früheren Herrschaft, monarchie einen gemäß der Bedeutung der auf seinem Gebiete gelegenen Strecke berechneten Teil der Schuld zu übernehmen hat.

**Die tschechische Schuld an England.** Aus London den 27. Febr. wird gemeldet: Im Unterhaus stellte Sir Archibald Sinclair die Anfrage, ob die Tschechoslowakei die Zinsen ihrer Schuld an England bezahlt hat und ob irgend welche Maßnahmen zur Behebung dieser Schulden getroffen wurden. Der Schatzkanzler erwiderte, daß die Zinsen sowohl für die Hilfsanleihe im Betrage von 461.504 Pfund Sterling, welche die englische Regierung zur Tschechoslowakei gewährt hat, als auch für den Vorschuh zur Mehlversorgung, welcher ursprünglich 1.900.000 Pfund Sterling betragen hat, bezahlt sind. Die Hilfsanleihe ist am 1. Jänner 1923 fällig. Von dem Vorschuh für die Mehlversorgung wurde bereits eine Million bezahlt und der Rest wird in den Jahren 1923 und 1924 bezahlt werden.

**Das ungarische Budget.** Finanzminister Kallay hat in der ungarischen Nationalversammlung den Budgetvorschlag für 1922-1923 niedergelegt. Bei einer Ausgabe von rund 193 Milliarden zeigt sich ein Defizit von rund 10 Milliarden. Die Staatsschulden sind bei einem Stande des ungarischen Kronenkurses von 0,23 in Zürich mit 22 Milliarden bewertet.

**Devisenkurse.**

**Die tschechische Krone notiert in:**

Zürich	Zhw. Franc	1540,00
Berlin	Mart	672,00
Wien	östr. Kr.	2110

**Züricher Schlusskurse.**

	Gold	Ware
Paris	32,40 00	32,50 00
London	25,00 00	25,08 00
Berlin	0,023 05	0,022 50
Frankfurt	25,00 00	25,70 00
Holland	21,75	21,75
Wien	0,007 75	0,007 50
Budapest	0,17 00	0,18 00
Bras	15,75	15,75
New York	5,32 00	5,33 00
Belgrad	5,00	5,15
Sarigau	0,01 00	0,01 25
Wien geß.	0,00 00	0,00 00

**Prager Kurse.**

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	135,00	136,20
10.000 Mart	1478,50	1577,50
100 belg. Franken	184,25	185,75
100 schwed. Kronen	642,75	645,25
1 Pfund Sterling	160,875	162,375
100 Lire	105,25	105,75
1 Dollar	34,10,00	34,50,00
100 franz. Franken	29,25	29,75
100 Dinar	337,50	343,50
100 ungar. Kronen	115,50	119,50
10.000 poln. Mart	700,00	800,00
10.000 österr. Kronen	4675	5125

**Literatur.**

**Karl Rey: Volk ohne Heimat.** (Verlag Suchbändlung Arbeiterwille, Graz.) Diese „Bilder aus den sibirischen Revolutionstagen“ verdienen als historische Quelle von größter Bedeutung gewürdigt zu werden. Ein Mann, der in viele Zusammenhänge Einblick hatte, der oft eine entscheidende Rolle in kritischen Tagen spielte und der sich immer seiner Verantwortung bewußt blieb, spricht zu uns. Er, der mit Einsetzung seines Lebens die russische (bolschewistische) Revolution in Sibirien zu verteidigen hat und schließlich den Terror der Weißen geübt, ist sicher ein objektiver Zeuge auch gegen Bolschewiken. Was er — nicht mit Schadenfreude, sondern mit bitterer Enttäuschung — von dem verbrecherischen Treiben der bolschewistischen Führer erzählt, übertrifft alle bisherigen Anklagen gegen Moskau. Auch die Heldentaten der tschechischen Legionäre werden ins richtige Licht gesetzt. Wir können Aufklärung über beide nur wünschen. Arbeiter, die diese Schrift gelesen haben, werden nicht mehr an die Unerschlichkeit des Moskorer Kapitums glauben. Der Prosaführer ist zum Preise von 6000 Kr. beim Verlag zu beziehen. Fr.

**Kunst und Wissen.**

**Der Widerpenzigen Jähmung.** (Vorfesorstung im Neuen Deutschen Theater.) Shakespear's Lustspiele wackeln überaus drei Dutzeln, die aber tatsächlich zu einer verwandelt: aus dem Tragischen oder aus dem Trau oder aus toller, unvollständiger Laune. In diese letzte Gruppe löst sich wohl am besten das Spiel von „Der Widerpenzigen Jähmung“ einreihen. Mit einem tollen Einfall eines überaus feinen Geistes hebt es an, in toller Durchführung wird Wahrheit Lüge und der Trug zur Wahrheit und unwahrscheinlich soll klingt schließlich das Spiel in einer schässigen Dichtung aus. Aber auch die beiden anderen Elemente: Trau und Tragödie fehlen nicht. Ja, es ist beinahe schwer zu entscheiden, ob sie nicht die Urbestandteile des alten Stückes sind. Als Trauspiel offenbart sich das Ganze dem betrautenen Stoff der Christoph Zschau, der wenige Stunden dadurch aus seinem arbeitsamen Alltag in höhere Sphären erheben wird. Und tragisch endlich erweist sich sein schänes Schicksal in diesen Alltag. Diese drei Gesichtspunkte, mit einander zu einer Kette verbunden, ergeben den ein Shakespear'schen Weltspiel, auf welchem langsam vergrößert und feindselhaft vergrößert, alle menschlichen Attribute in weichen Gestalt projiziert, blickgeschwind durcheinanderwerbeln. — Das ist der Vorteil der Prager Aufführung, daß sie, am Berliner Muster geschult, dieser Forderung beinahe reiflos gerecht worden ist. Das atemlose Tempo der Komödie wurde seinen Augenblick außer Acht gelassen. Die Menschen flogen beinahe rhythmisch über Boden und Treppen, rollten, sprangen, ritten über die Bühne — man spürte den Takt der grotesken. Die Regie Robin Roberts bewährte sich. Allerdings glaubten die Spieler, von der Maske des Tempos fortgerissen, auch die Sprache in diese Eile mit hineinzuziehen zu müssen, was vielfach auf Kosten der Deutlichkeit geschah. Dem glänzenden Zusammenspiel gegenüber fällt es schwer, ein Sonderloch zu fällen, was nur zum Vorteil eines jeden der an diesem Abend Beteiligten angelegt werden darf. — Es ist traurig feststellen zu müssen, daß die Durchführung vor halb leerer Hand vor sich ging. Dietrich Shakespear vielleicht auch schon auf dem Index jener Teutonen, die angeben, sich so sehr um deutsche Kultur zu bekümmern? O. K.

**Neues Theater.** Heute, Donnerstag, Gastspiel Richard Anka in Klara's Oper „Der Evangelist“. Morgen, Freitag, Vorlesung neuentdeckte Oper „Der Wildhuhn“ mit J. Martin-Brunn als Vakulus. Samstag Premiere der Hindemith-Oper „Die drei Mädchen“ mit Pepi Gläuber-Kramer als Gast. Freitag abends „Angehörig“. Sonntag nachmittags „Gajanosohn“.

**Kleine Bühne.** Heute, Donnerstag, Samstag und Sonntag abends der melodische Operettenabend „Die kleine Zünderin“ mit Pepi Gläuber-Kramer als Gast. Freitag abends „Angehörig“. Sonntag nachmittags „Gajanosohn“.

**Bereitsnachrichten.**

**Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag.** Donnerstag, den 1. März, 8 Uhr abends im Lokale des Vereines deutscher Arbeiter, Zentralkasse, Vortrag des Genossen A. L. Neuling über die Entwicklung des Menschen (mit Abbildern). — Sonntag, den 4. März, Gastspiel: J. S. 2 Uhr Gastspiel der Terzine Fodor. Führer Zinnad. — Anzeige: Samstag, den 10. März, Unterhaltungsabend. 1463

**Aus der Partei.**

**Frauenbewegung.**

Am letzten Sonntag fand in Tepitz eine Frauen-Bezirkskonferenz statt, die von 37 Delegierten besucht war. Vorsitzende Genossin Piewald berichtete über die seit Juli 1922 angehaltenen Veranstaltungen der Frauen. Es fanden sieben Bezirksvorträge und 14 Versammlungen der Frauenaktionen statt. Alle Veranstaltungen wiesen einen sehr guten Besuch auf. Ferner wurden von den Frauenaktionen fünf Weihnachtsfeierchen, zehn Märchenvorlesungen und eine größere Anzahl von Kinderausflügen veranstaltet. Das Frauen-Bezirkskomitee war bemüht, eine rege Tätigkeit in den Frauenaktionen zu entfachen. — Daraus berichteten die Sektionsleiterinnen der einzelnen Ortschaften über die Frauenbewegung in ihrem Orte. Aus diesen Berichten ging hervor, daß die Durchführung der gegenwärtigen schweren Wirtschaftskrise überall fühlbar macht. Genossin Piewald hob voran einen Bericht über die Kartensammlung der Frauenaktionen. In den letzten Monaten ist ein regeres Interesse der Frauen an den Veranstaltungen der Partei zu beobachten, was als ein gutes Zeichen für die künftige Entwicklung der Frauenbewegung gedeutet werden kann. Genossin Brunicki berichtete namens der Bezirksvertretung der Jugendbewegung. Die Hälfte der Mitglieder des Jugendverbandes setzt sich aus Mädchen zusammen. Es ist erkennbar unter den Mädchen eine rege Tätigkeit zu bemerken. In einzelnen Orten sind die Komitees mit weiblichen Mitgliedern besetzt. Genossin Piewald erstattete hierauf ein mit Beifall aufgenommenes Referat über die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben der Frauen. Weiter die nächsten Aufgaben des Frauen-Bezirkskomitees berichtete Genossin Piewald. Für die nächste Zeit ist eine Reihe von Vorträgen geplant.

**Jugendbewegung.**

Die Kreisorganisation Karlebad des sozialistischen Jugendverbandes hat für den 1. März Bezirksversammlungen nach Karlsbad, Eibenstein, Falkenau, Reudel und Grassitz einberufen.

Herausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Czernak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag, für den Druck verantwortlich: O. Galik.

**BÖHMISCHE UNION-BANK**

**Eingezahltes - Aktienkapital 160.000.000 Kr.**

**Reservefond 83.400.000 Kr.**

**FILIALEN:**

Asch, Braunau i. B., Brünn, Freiwaldau, Frédek-Mistek in Schlesien, Gablonz, Graslitz, Hohenelbe, Jägerndorf, Karlsbad, Königinhof a. E., Marienbad, Mähr.-Ostrau, Mähr.-Schönberg, Neutitschein, Olmütz, Prossnitz, Reichenberg, Rumburg, Saaz, Trautenau, Troppau

**Telephon-Nr. 2006-2, 10, 6980-6989, 7933-7936 und 7988.**

**Depeschensadresse: UNION-BANK.**

**Kommandite in Wien.**

**Durchführung aller bankgeschäftlicher Transaktionen.**

1267

**Fabrik mediz. Verbandstoffe Ludwig Fischer**

**Tepitz-Schönau 1036**

**Inh. J. Schösser**

empfiehlt sich den p. t. Krankenkas., Zentralbrüderladen u. dgl. zur Lieferung sämtlicher Verbandstoffe und Watten, Gummwaren, Bandagen sowie Krankenpflegeartikel aller Art zu konkurrenzlos Preis n.

**Geistliche Festspielwoche nach Oberammergauer Art auf der hierzu eigens erbauten Festspielbühne im Saale heines Wintergarten, Prag-Weinberge, Leitung: Direktor Anton Kohl.**

---

**Die großen Volks-Passionsspiele „Jesus von Nazareth“**

**Aufführungen der weltberühmten Passionsspiele von der größten Passionsbühne der Welt: Freiburg im Breisgau, unter persönlicher Leitung und Mitwirkung der berühmten Christus- u. Judasdarsteller. Adolf und Georg Zahnagl. — Oberregie: Adolf Zahnagl. — Musikalische Leitung: Kapellmeister Hermann Karl. — Gemischte Leitung und Bühnenbilder: Georg Zahnagl. — 150 Mitwirkende! — Chöre! — Massen-Szenen! — Solo-Gesänge: Adolf Zahnagl (Oratorienfänger) Tenor.**

---

**Spielplan:** 10. Mittwoch den 28. Februar 1923 bis einschließlich Mittwoch den 7. März 1923, täglich abends 8 Uhr. Außerdem am Samstag den 4. März und Mittwoch den 7. März 1923 auch nachmittags 3 Uhr. Am Samstag den 3. März 1923 nachmittags 3 Uhr einmalige große Schüler-Vorstellung zu besonderer ermäßigter Preisen.

---

**Brettle der Bude:** Kr. 25.--, 20.--, 20.--, 18.--, 15.--, 12.--, 8.--, 6.--. Für Vereine, Schulen sowie bei künftigen korporativen Besuchen besondere Vergünstigungen: vorübergehende, rechtzeitige Anmeldung notwendig.

---

**Büroverlauf:** Im heiligen Wintergarten Weinberge ab Dienstag den 27. Februar 10 Uhr täglich von 9 bis 10 Uhr oder von 1 bis 2 Uhr nachmittags sowie bei Beginn der Vorstellungen.

---

**Wach Gehalt der Aufführungen** (insgesamt der Bude nach allen Richtungen) — Das g. T. Publikum wird um 100% ermäßigt, möglichst die ersten Vorstellungen zu besuchen, weil die folgenden u. letzten erfahrungsgemäß immer stark überfüllt sind.